

# K o o p e r a t i o n   i m   S t a d t r a t   S p e y e r



Dr. Axel Wilke  
Fraktionsvorsitzender



Hannah Heller  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Sarah Mang-Schäfer  
Fraktionsvorsitzende

## **Positionspapier zum Klimaschutzkonzept 2.0 März 2023**

Im Jahr 2020 ist das Klimaschutzkonzept, welches der Stadtrat 2010 verabschiedet und in Kraft gesetzt hatte, ausgelaufen. Die Pandemie, aber auch personelle Veränderungen haben dazu geführt, dass bisher ein Folgeprogramm noch nicht im Stadtrat abschließend diskutiert werden konnte. Umso dringender ist angesichts der weiter alarmierenden Entwicklungen – siehe den 6. Bericht des Weltklimarates aus dieser Woche -, dies nun zügig zum Abschluss zu bringen. Nach einer bereits im Juli 2021 veröffentlichten Umfrage für den ARD-Deutschland-Trend attestierten 38 % der Befragten beim Thema Klimaschutz einen „sehr großen“ Handlungsbedarf, 43 % einen „großen“ Handlungsbedarf. Dies zeigt, welche Bedeutung das Thema auch in der Bevölkerung hat und welche berechtigte Erwartungshaltung an politisch Verantwortliche sich daraus auch für eine Stadt wie Speyer ergeben. Einen Klimanotstand auszurufen, ist symbolisch wichtig, aber letztlich wertlos, wenn es an den Taten mangelt, ihm entschieden zu begegnen.

### **2023 muss das Jahr sein, in dem der kommunale Klimaschutz in Speyer in eine neue Stufe eintritt!**

Zur Sondersitzung des Stadtrats am 30.03.2023 will die Verwaltung dem Stadtrat einen Entscheidungsvorschlag vorlegen. Dies begrüßen wir als überfällig. Die Bedeutung des Themas lässt es uns aber angezeigt sein, bereits vorab einige wesentliche Punkte zu markieren, die aus Sicht der Kooperationsparteien in die Fortschreibung der Klimaschutzstrategie eingehen müssen!

Wichtig ist uns, dass Klimaschutz nicht isoliert gedacht werden kann. Klimaschutz und Sozialpolitik gehören zusammen. Wohnraumversorgung ist in Speyer ein weiterhin sehr drängendes Problem, vor allem die Versorgung für Durchschnittsverdienende und Menschen mit geringerem Einkommen mit für sie bezahlbarem Wohnraum. Auch ist uns bewusst, dass Klimaschutz oft mit hohen Kosten verbunden ist. Auch wenn sich diese im Lauf der Zeit amortisieren und Untätigkeit später noch teurer zu Buche schlägt, vor allem für den finanziell benachteiligten Teil der Bevölkerung, muss die soziale Dimension des Klimaschutzes demnach bei allen Maßnahmen mitbedacht werden.

Es ist wichtig, den Effekt der Klimaschutzmaßnahmen greifbar zu machen. Das heißt nicht nur, dass sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt langfristig wohlfühlen, sondern auch, dass regelmäßig über Fortschritte informiert wird und diese veranschaulicht werden. Es muss für die Bürgerschaft möglich sein, weitere Ideen zum Klimaschutz jederzeit einzubringen und mit der Unterstützung der Stadt umzusetzen, so dass das Konzept sich kontinuierlich weiterentwickelt – Klimaschutz geht schließlich jeden etwas an. Grundsätzlich müssen Meilensteine definiert, klar kommuniziert und die Kriterien zur Erreichung festgelegt werden.

Folgende Handlungsfelder und ihnen zuzuordnende Maßnahmen schienen uns vordringlich:

## Handlungsfeld 1: Energieerzeugung und -versorgung

- die Zielsetzung des Klimaschutzkonzepts von 2010 – **100 % regenerative Stromversorgung 2030, 100 % regenerative Wärmeversorgung 2040** – bleiben unverändert erhalten, wünschenswert diese Ziele bereits früher zu erreichen, wozu es aber noch größerer Anstrengungen bedarf.
- Wir unterstützen die **Windstromprojekte der SWS**. Wir wünschen uns, dass jedenfalls bei einem dieser Projekte auch wieder eine finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich ist.
- Ebenso unterstützen wir die Gründung und geplanten Aktivitäten einer **BürgerEnergieGenossenschaft** für die Region Speyer. Sie kann die Beratungsarbeit der Stadt und der Stadtwerke hervorragend ergänzen und selbst zu einem wichtigen Faktor in der Umsetzung CO<sub>2</sub>-neutraler Stromerzeugung werden. Wir erwarten daher, dass die Stadtverwaltung wie die Stadtwerke diese Bürgerinitiative unterstützen.
- **Mieterstrommodelle** werden – mit Ausnahme der Bestandsrenovierungen der GEWO-Wohnungen - leider noch nicht im wünschenswerten Umfang realisiert. Gerade weil wir hier in Speyer hoffnungsvolle Pilotprojekte realisiert hatten, schmerzt dies. Hier muss geprüft werden, inwieweit z. B. die anderen Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften, aber auch private Vermieterinnen und Vermieter ermuntert werden können, solche Modelle zu realisieren. Soweit die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht optimal sind, muss von kommunaler Ebene Druck gemacht werden, dass sich diese Rahmenbedingungen verbessern.
- Wir regen an, zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der SWS **zentrale Speichermöglichkeiten für in Privathaushalten erzeugten Solarstrom** angeboten werden können. Die Nutzung eines solchen Speichers erlaubt, gegen eine Gebühr, das Speichern überschüssiger Solarenergie zum späteren Verbrauch. Das Speichern in vielen einzelnen Batterien in den einzelnen Haushalten schont weder Ressourcen, noch den Geldbeutel der einzelnen Haushalte durch die zum Teil hohen Anschaffungskosten. Vielleicht können solche Speicher auch mit dem Mieterstrommodell kombiniert werden.
- Die Anbindung der **Fernwärme** an die Stadt Mannheim und ihre Tochter **MVV** hat sich bewährt. Die MVV selbst wollen die Fernwärmeerzeugung bis 2030 komplett unabhängig von der Kohle machen. Dies begrüßen wir und plädieren für weitere Erschließung innerhalb der Stadt Speyer unter dieser Bedingung.
- die Kooperation bekennt sich zur Wärmeerzeugung mittels **Geothermie**. Fast nirgends in Deutschland sind die geologischen Voraussetzungen so günstig wie in unserer Region. Es wäre sträflich, diese Chance nicht zu nutzen. Wir sind dankbar, dass die SWS sehr früh die Möglichkeiten erkannt und Bergrechte gesichert hat. Heute wäre dies so nicht mehr möglich. Wir wissen auch um die Sorgen in der Bevölkerung um die Auswirkungen. Wir glauben aber, dass die Nutzung verantwortbar ist und die Stadtwerke mit ihrem Partner Stadtwerke Schifferstadt den richtigen strategischen Ansatz verfolgen. Nicht Ertragsmaximierung darf die Devise sein, sondern ein sorgfältiger Umgang mit den geologischen Gegebenheiten. Offene Kommunikation und permanente Aufklärungsarbeit sind Pflicht.
- Weiterhin halten wir auch die „**Kalte Nahwärme**“ (Oberflächennahe Wärmepumpen) für ein Konzept, das in Speyer an passender Stelle umgesetzt werden sollte. Auch dies muss ein Baustein des Klimaschutzkonzepts 2.0 sein.

## Handlungsfeld 2: Verwaltung und kommunale Unternehmen

- Die Stadtverwaltung ist ein wesentlicher Faktor beim Gelingen der Energiewende und der Klimafolgenbewältigung. Sie muss als Planungsbehörde, Grundstücks- und Gebäudeeigentümerin, Beratungs- und Koordinierungsstelle dem Klimaschutz die nötige höchste Priorität einräumen und, wo möglich, mit gutem Beispiel vorangehen.
- als Planungsbehörde ist die Stadt vor allem bei der **Flächennutzungsplanung** und **Bauleitplanung** gefordert, für Klimagerechtigkeit zu sorgen. Hier begegnen wir in Speyer einem besonderen Zielkonflikt, indem einerseits ein **Bündnis für bezahlbaren Wohnraum** besteht mit der Selbstverpflichtung bis 2030 2.200 Wohneinheiten zu schaffen zur Versorgung einheimischer Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum. Andererseits muss heute aber das Leitbild einer Nettoentsiegelung verfolgt werden, indem jeder versiegelte Quadratmeter mindestens durch gleichwertige Entsigelung ausgeglichen wird. Bekanntermaßen verfügt Speyer über eine sehr beengte Gemarkung, Potentialflächen sind rar: Soweit der Klimaschutz es erfordert, werden wir von dieser ehrgeizigen Zielsetzung daher ggf. Abstriche machen müssen, aber erste Priorität genießt, den Wohnungsbau so zu gestalten, dass er den Ansprüchen an Klimaneutralität oder möglichst geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoß und dem Schutz der Biodiversität gerecht wird.  
Dem entsprechend gilt:

- die durch Änderung des BauGB eröffnete Möglichkeit, bei der **Bebauungsplänen** für Neubauvorhaben bauliche oder sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung Nutzung und Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung vorzuschreiben, § 9 Abs. 1 Nr. 23 b) BauGB, ist wo immer möglich zu nutzen. Auf das Thema „Kalte Nahwärme“ hatten wir bereits bei Handlungsfeld 1 hingewiesen. Zusätzlich soll neben verpflichtender Stromerzeugung, auch **Dach-/Fassadenbegrünung und mögliche Wasser-Retentionsflächen schon im Bebauungsplan** verankert werden, so dass diese bei Neugestaltungen automatisch berücksichtigt werden.
- eine weitere innerstädtische Verdichtung lehnen wir - von punktuellen Ausnahmen abgesehen- ab, die Innenstadt und ihre Randbezirke sind jetzt schon ein klimatechnischer Hotspot. Deshalb plädierten wir auch bei der Umnutzung des Normand-Sportplatzes für eine zurückhaltende Überbauung.
- Bei der **Grundstücksvergabe**, sei es von Gewerbe- oder von Wohnbaugrundstücken, ob zu Eigentum oder in Erbbau, sind hohe Energiestandards als Teil der Kaufbedingungen festzulegen. Dies gilt sowohl für das Gebiet „Russenweiher“ genauso wie für das Gewerbegebiet an der Siemensstraße oder ein künftiges Gewerbegebiet „An der Kaserne“. Auch ein Geländeverkauf für einen Neubau des THW in der Siemensstraße hat dies zu beachten.
- die **städtische Gebäudewirtschaft** muss viel mehr als in der Vergangenheit bei den städtischen Gebäuden die Möglichkeit regenerativer Energieerzeugung und – versorgung nutzen. Zahlreiche Gebäude in städtischer Hand, z. B. Schulgebäude, können hier einen bedeutenden Beitrag leisten, was aus unserer Sicht noch zu wenig passiert. Die SWS könnten diese Aufgabe durch ein Dachflächenmietmodell übernehmen und so die Gebäudewirtschaft auch personell entlasten. Hierzu ist ein 5-Jahres-Plan zu erstellen.
- Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft **GEWO** im Rahmen ihrer Bestandsrenovierungen grundsätzlich den KfW-Energiestandard 55 erfüllt, Photovoltaik-Anlagen im Mieterstrommodell errichtet und den Anschluss an die Fernwärme forciert.
- Das bei unserer Kläranlage angesiedelte **Pilotprojekt zur Herstellung von klimaneutralem Wasserstoff** unterstützen wir ausdrücklich.
- wichtig ist auch eine bedarfsgerechte **personelle Ausstattung der Stadtverwaltung**, um den vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können. Hier könnten wir gut begründete Stellenmehrungen mittragen.
- **Beteiligungsformate** der Bürgerinnen und Bürger müssen weitergeführt und ausgebaut werden. Klimaschutz gelingt nur mit Bürgerinnen und Bürgern, nicht über sie hinweg. Einen wichtigen Faktor hierbei bilden auch (Weiter-)Bildungsangebote. Entsprechende Angebote der **Volkshochschule** waren schon sehr erfolgreich und sollten fortgeführt und ggf. ausgebaut werden.

### Handlungsfeld 3: Gewerbe und Industrie

Auch in dieser Hinsicht enthielt bereits das Klimaschutzkonzept von 2010 interessante Ansätze, von denen wir uns fragen, inwieweit sie realisiert wurden, bzw. sofern sie seinerzeit nicht realisierbar waren, ein erneuter Versuch sinnvoll sein könnte. Damit meinen wir zum einen die Nutzung von Abwärme aus energieintensiven Betrieben zur Stromerzeugung und Einspeisung in Fern- (oder Nah-)Wärmenetze (Stichpunkt GHD 1 im Klimaschutzkonzept 2010) und zum anderen die Prüfung eines Wärmeverbundes im Industriegebiet West (Thor, Tyco, Mann + Hummel) (Stichpunkt GHD 2, beides zu finden auf S. 61 des Konzepts). Parallel sollen Maßnahmen zur Abwasserwärmerückgewinnung geprüft und mit Gewerbe und Industrie diskutiert werden.

Unabhängig davon halten wir folgende Punkte für wichtig:

- Schaffung von **Elektro-Ladepunkten auch für den Schwerlastverkehr** – es gibt erste Nutzer von E-LKWs, welche beklagen, dass herkömmliche Ladepunkte ihren Bedürfnissen nicht gerecht werden;
- Schaffung einer **Wasserstofftankstelle** – hier gibt es großes Interesse eines Speyerer Unternehmers, welches wir grundsätzlich unterstützen
- Eigentümerinnen und Eigentümer existierender **großer Flachdach-Hallen** (Stichwort Pleiad-Gelände) und bestehender Parkplätze (Stichpunkt Supermarktparkplätze) sollen ermuntert werden, diese Flächen für **Photovoltaik** zu nutzen. Auf Parkplätzen könnte dies evtl. als aufgeständerte Module, unter denen geparkt werden könnte, umgesetzt werden. Für neu eingerichtete entsprechende Flächen oder Hallen, soll Photovoltaik und Wasserretention verpflichtend werden.
- Ein **kontinuierlicher Dialog zwischen Gewerbetreibenden und der Wirtschaftsförderung zum Klimaschutz** soll es ermöglichen, Synergien zu nutzen, Ideen auszutauschen und Kreislaufwirtschaft zu fördern. Hierbei ist es wichtig, von der Wirtschaft zu lernen, aber auch zu vermitteln, wo ähnliche Themen

getrennt voneinander bearbeitet werden. Wir schlagen einen Nachhaltigkeitsstammtisch für Unternehmerinnen und Unternehmer vor, damit Stadt, Wirtschaft und Bürgerschaft an einem Strang ziehen.

## Handlungsfeld 4: Privathaushalte

Die Einbeziehung der Privathaushalte in die kommunale Klimaschutzstrategie muss auf dem Dreiklang „Fordern, Fördern und Beraten“ basieren.

- Bzgl. **Neubauvorhaben** ergeben sich Anforderungen bereits aus vorangegangenen Punkten, insbesondere zur Bauleitplanung.

- Aber auch im **Bestand** muss versucht werden, noch zögerliche Eigentümer für mehr Klimaschutz zu gewinnen. Da hoheitliche Eingriffsmöglichkeiten sehr begrenzt sind, muss der Schwerpunkt hier auf **Begleitung und Beratung** liegen. Bereits in der Vergangenheit z. B. beim Projekt Kernstadt Nord wurden hier gute Angebote unterbreitet, welche aber nicht immer im wünschenswerten Umfang angenommen wurden. Dies ist auszuweiten. Dazu gehört auf jeden Fall eine Hilfe bei der Situationsanalyse. Der von der Kooperation gestellte Antrag auf eine erneute **wärmetechnische Gebäudeklassifikation** harrt immer noch seiner Erledigung. Hilfebedarf haben Bürgerinnen und Bürger auch bei der Aufklärung über Fördermöglichkeiten. Bei den unterschiedlichen und teilweise rasch wechselnden Programmen haben Bürgerinnen und Bürger oft keinen Durchblick und sind auf neutrale Beratung angewiesen. Ein „Klima-Sanierungs-Lotse“ in der Verwaltung könnte helfen.

- Das „**Kommunale Investitionsprogramm Klima, und Innovation**“ des Landes beschert der Stadt Speyer einen Betrag von 2,216 Mio € Diese Gelder müssen vor allem in Maßnahmen investiert werden, die in den nächsten fünf Jahren merklich die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beschleunigen. Außerdem sollten Fördermaßnahmen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden, z. B. durch die Förderung privater Solarmodule.

- Eines der größten Ärgernisse sind die Versiegelungen insbesondere von Vorgärten auf privatem Grund. Wir wünschen uns ein **kommunales Förderprogramm für Entsiegelungsmaßnahmen**. Jeder qm unversiegelte Fläche ist ein Gewinn!

## Handlungsfeld 5: Mobilität

Dass die Mobilität einen sehr großen Anteil an der Bewältigung des Klimawandels und der Verhütung einer Klimakatastrophe hat, ist allgemein bekannt. Parteiübergreifend haben wir hier bereits in den vergangenen Jahren wichtige Weichen gestellt, wie insbesondere eine ehrgeizige Neukonzeption des Öffentlichen Nahverkehrs mit einem am Ende des Jahres 2023 deutlich verbesserten Busangebot.

- Wir sprechen uns für eine **Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30** auf innerstädtischen Straßen aus und befürworten die **stärkere Kontrolle** der Geschwindigkeitsbegrenzung in Eigenregie.

- **Die Abhängigkeit der Menschen vom Auto muss verringert** und motorisierter Individualverkehr – insbesondere der von Einpendlern - zurückgedrängt werden, was vor dem Hintergrund verbesserter öffentlicher Verkehrsangebote auch vertretbar erscheint. Parallel erkennen wir jedoch die Notwendigkeit des individuellen Verkehrs und die Wahlfreiheit des Verkehrsmittels für die Bürgerinnen und Bürger an.

- Gleichzeitig müssen sich die Menschen **sicher auf dem Rad und zu Fuß** fühlen, indem Straßen, Bürgersteige, Radwege und der **ruhende Verkehr so umorganisiert werden**, dass Fahrradfahrende und zu Fuß Gehende den rechtlich einzuhaltenden Verkehrsraum auch erhalten.

- Gerade für unsere vielen Schulkinder und deren Eltern kann so die Möglichkeit der selbstständigen Mobilität hin zur Schule geschaffen werden, sodass Elterntaxis weniger fahren müssen. Die Erstellung eines **Schulwegeplans** wurde von der Stadtverwaltung zugesagt.

- An dem Ziel der Schaffung von **Mobilitätsstationen**, u.a. auch auf dem Polygon-Gelände, halten wir fest. Ein **intelligentes Parkleitsystem und eine überarbeitete Parkraumbewirtschaftung** sind weitere Bausteine, auch im Verkehrsbereich die CO<sub>2</sub>-Bilanz und die Lebensqualität in der Stadt deutlich zu verbessern. Eine konsequente Verkehrswende wird nur möglich sein, wenn wir den ruhenden Verkehr neu organisieren. In zugeparkten Straßen gibt es keinen Spielraum für Radwege, Bäume und breite Bürgersteige, die eine Mobilität ohne Auto angenehm machen. Hier müssen wir als Erstes ansetzen.

- Die Umstellung der Mobilität muss sich auch in den Bebauungsplänen und in der Infrastruktur der Stadt niederschlagen, Die **Stellplatzsatzung** der Stadt muss die Möglichkeit bieten auch Quartiere mit neuen Mobilitätskonzepten und weniger Stellplätzen zu bauen. Gleichzeitig müssen **ebenerdige Fahrradabstellanlagen** in den Wohnquartieren, aber auch im öffentlichen Raum geschaffen werden.

Fahrradabstellanlagen sind im ganzen Stadtgebiet Mangelware. Am Straßenrand, wo Autos nicht parken dürfen, sollten Fahrradbügel aufgestellt werden, wie z. B. an Stellen, wo eine Einsehbarkeit gewährleistet sein muss, die aber Status quo oft genug zugeparkt sind.

## Handlungsfeld 6: Öffentlicher Raum

Als „heißeste Stadt Deutschlands“ hat Kühlung im öffentlichen Raum, insbesondere in unserer stark verdichteten Innenstadt, eine besondere Bedeutung. Um Kühlung zu erreichen, muss für ausreichend Schatten, Begrünung und andere Verdunstungskühlung gesorgt werden. An Hitzetagen beschatten großkronige Laubbäume Asphaltflächen und benachbarte Hausfassaden und bremsen damit höchst wirksam deren weitere Aufheizung. Die **Pflanzungen** sollen daher vor allem großblättrige Baumarten oder Baumarten mit einer intensiven Laubdichte umfassen.

- **Oberflächenwasser** muss geschickt genutzt werden und nicht einfach über den Kanal entsorgt werden, dazu braucht es die Neuausrichtung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung (Stichwort Schwammstadt).
- Hier wünschen wir uns eine **Förderung für gezielte Fassaden-Begrünung im städtischen sowie privaten Bestand**. Die Verpflichtung für Neubauten hatten wir bereits angesprochen.
- Auf öffentlichen Plätzen soll es mehr Wasser geben, an geeigneten Stellen wie zum Beispiel der Hauptstraße würde sich auch der **Einsatz von Nebel-Wasser-Sprühern** anbieten, um für Kühlung in heißen Sommern zu sorgen.
- Zusätzlich soll durch große **Baumkübel mit integrierten Wasserspeichern** die Möglichkeit gegeben werden, auch auf der **Hauptstraße schattenspendende Bäume** anzusiedeln und so die Aufenthaltsqualität zu verbessern. An anderen Plätzen soll ähnlich verfahren werden, falls eine Entsiegelung ausgeschlossen werden muss. Im Idealfall werden Insektenfreundliche, einheimische Baumarten, z. B. Obstbäume für eine Bepflanzung gewählt. Dabei soll der Gedanke der „Essbaren Stadt“ die Grundlage sein.
- In allen Stadtteilen muss es möglich sein, sich im Schatten im öffentlichen Raum zu bewegen, deshalb sollen **gezielt schattige Wege angelegt werden**, die das ermöglichen. Dabei soll auf natürlichen Schatten Wert gelegt werden, da dieser auch gleichzeitig eine Kühlung mit sich bringt, was bei künstlicher Beschattung in der Regel nicht der Fall ist.
- **Baumlücken** in bestehenden Alleen und Baumreihen sollen **zeitnah nachhaltig geschlossen werden**, um diese langfristig zu erhalten. Dabei ist darauf zu achten, die Bäume und auch die anliegenden Gebäude mit entsprechendem Schutz zu versehen, d.h. Bäume wo nötig einzuschachten, bzw. mit Wurzelkammern auszustatten.
- Der vorhandene **Baumbestand** soll mit allen verfügbaren technischen Mitteln der Sanierung und Vorsorgemaßnahmen (Bewässerung, Bodenaustausch, Düngung) **erhalten** werden.
- Der bestehende Bestand an Stadtbäumen soll quantitativ und qualitativ aufgewertet werden. Viele Bäume innerhalb des Stadtgebietes haben einen zu geringen Standraum. Durch Entsiegelungsmaßnahmen soll der **Standraum dieser Einzelbäume möglichst erweitert werden**.
- Die Stadt soll in öffentlichen Grünanlagen **Teilflächen für die Anlage von Bürgerinnen- und Bürger-Gärten** zur Verfügung stellen, die durch Anwohnerinnen und Anwohner nach definierten Standards bewirtschaftet werden können (Obstgehölze, Kräuter, Gemüse). In Parkanlagen und öffentlichen Grünräumen werden in Teilbereichen Rückzugsräume für bedrohte Insektenarten eingerichtet. Solche Wildnisecken erhalten als „Startkapital“ Totholz und werden der natürlichen Sukzession überlassen.

## Handlungsfeld 7: Grün-Blau Infrastruktur

Die **neue Waldstrategie** hat primär die Erhaltung des Waldes und dessen sanfte Überführung in natürliche und klimastabile Waldgesellschaften mit einheimischen Baumarten zum Ziel. Neben dem Walderhalt sind der Schutz natürlicher Ressourcen (Boden, Wasser), die Biodiversität, die Bereitstellung von Erholungsleistungen und das Management von Klimawandelfolgen die Hauptzielsetzungen dieser neuen Strategie. Bei Zielkonflikten haben Maßnahmen des lokalen Klimaschutzes und die Sicherung der Biodiversität stets Vorrang vor anderen Zielkomponenten.

- Die künftige Behandlung des Waldes erfolgt mit der Maßgabe, dass die heimisch vorkommenden Tier-, Pflanzen- und Pilzarten und Bodenorganismen erhalten und für **besonders gefährdete Arten Erhaltungsmaßnahmen** durchgeführt werden. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Pflanzennährstoffen und ortsfremden Substraten unterbleibt.

- Das Absenken des Grundwasserspiegels, die Gefährdung der Wasserqualität und die temporäre Austrocknung von Oberflächengewässern erfordern eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der **Wasserwirtschaft**. Oberster Grundsatz dabei ist es den Abfluss aus dem Wald zu verzögern, um Wasser möglichst lange im Waldökosystem zu halten.
- Es erfolgen **waldbauliche Investitionen** in den Bereichen Wiederbewaldung, Waldaufbau und Zurückdrängung von Neophyten. Die Erneuerung der Wälder erfolgt vor allem durch eine natürliche Verjüngung aus den Samen der vorhandenen Bäume.
- Der kommunale Wald der Stadt Speyer und der Bürgerhospitalstiftung sollte im Rahmen der von der Kooperation beantragten Nachhaltigkeitsstrategie schrittweise auf eine **naturnahe Waldbewirtschaftung** umgestellt werden, wobei das „Lübecker Modell“ eine Orientierungshilfe sein soll.

Dr. Axel Wilke  
CDU

Hannah Heller  
Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Sarah Mang-Schäfer  
Speyerer Wählergruppe

**Dr. Axel Wilke**  
Bahnhofstraße 7  
67346 Speyer  
[www.cdu-speyer.de](http://www.cdu-speyer.de)

**Hannah Heller**  
67346 Speyer  
[www.gruene-speyer.de](http://www.gruene-speyer.de)

**Dr. Sarah Mang-Schäfer**  
Habsburgerstraße 11  
67346 Speyer  
[www.swg-speyer.de](http://www.swg-speyer.de)